

NDR Info Das Forum
STREITKRÄFTE UND STRATEGIEN
Andreas Flocken

21.04.2018 /19.20-19.50 Uhr
22.04.2018 /12.30-13.00 Uhr
E-Mail: streitkraefte@ndr.de
www.ndr.de/streitkraefte

Inhalt:

- Trumps Syrien-Krisenmanagement – Schadensbegrenzung durch das Pentagon?
- Russlands Nuklearstrategie – Frühzeitiger Atomwaffeneinsatz zur Konflikt-Beendigung?
- Zivile Konfliktbearbeitung – Unterschätzte Möglichkeit zur Krisenprävention?
- Cloud für das Militär? Bundeswehr auf der Suche nach sicheren IT-Lösungen

Zur Verfügung gestellt vom NDR
Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt und darf nur für private Zwecke des Empfängers benutzt werden. Jede andere Verwendung (z.B. Mitteilung, Vortrag oder Aufführung in der Öffentlichkeit, Vervielfältigung, Bearbeitung, Übersetzung) ist nur mit Zustimmung des Autors zulässig. Die Verwendung für Rundfunkzwecke bedarf der Genehmigung des NDR.

Willkommen zu einer neuen Ausgabe der Sendereihe, es begrüßt Sie Andreas Flocken.

Ein Blick auf unsere Themen:

- Russlands Nuklearstrategie - Frühzeitiger Atomwaffeneinsatz zur Konflikt-Beendigung?
- Zivile Konfliktbearbeitung – Unterschätzte Möglichkeiten zur Krisen-Prävention? Und:
- Cloud für das Militär? Bundeswehr auf der Suche nach sicheren IT-Lösungen

Zunächst jedoch zum Militärschlag in Syrien. Machthaber Assad wurde abgestraft, weil Regierungstruppen nach Erkenntnissen der westlichen Länder Anfang des Monats erneut chemische Waffen eingesetzt haben sollen. Das wird allerdings von Syrien und der Schutzmacht Russland bestritten. Bei dem Vergeltungsschlag in der vergangenen Woche kam es nicht zu dem von manchen befürchteten Zusammenstoß zwischen Russland und den USA. Glaubt man

den offiziellen Angaben gab es offenbar keine Todesopfer, obwohl mehr als 100 Präzisionsraketen auf mindestens drei Gebäudekomplexe abgefeuert worden sind.

Donald Trump hatte die Raketen Tage zuvor prahlerisch über Twitter angekündigt: „Mach' Dich bereit, Russland, denn sie werden kommen, schön und neu und smart“, so lautete der Tweet des impulsiven US-Präsidenten. Für den Konfliktforscher Hans-Georg Ehrhart vom Hamburger Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik ein Beleg für schlechtes Krisenmanagement:

O-Ton Ehrhart

„Gerade in Krisen geht es um Berechenbarkeit und Verlässlichkeit. Er ist sehr sprunghaft und vor diesem Hintergrund ist diese Art der Trumpschen ‚Pseudo-Diplomatie‘ unberechenbar und eben dadurch auch gefährlich.“

Der Krisenmanager im Weißen Haus, der letztlich ganz allein über den Einsatz von Atomwaffen entscheidet, also ein Sicherheitsrisiko? Der frühere Vorsitzende des NATO-Militärausschusses, Harald Kujat, glaubt, dass vor allem das Verhalten der russischen Regierung eine Eskalation der Syrienkrise verhindert hat:

O-Ton Kujat

„Wir können Präsident Putin dankbar sein. Dafür, dass er sich so besonnen und zurückhaltend verhalten hat. Nach der Entscheidung, diesen Einsatz durchzuführen, lag sozusagen unser Schicksal in den Händen von Präsident Putin. Denn er hätte völlig im Einklang mit dem Völkerrecht in Wahrnehmung des Artikels 51 der UN-Charta, das Selbstverteidigungsrecht für Syrien in Anspruch nehmen können. Das hat er nicht getan.“

Denn der Militärschlag erfolgte ohne UN-Mandat, er war damit völkerrechtswidrig. Daran ändert sich auch nichts, wenn mit der Militäraktion auf einen ebenfalls völkerrechtswidrigen Giftgaseinsatz reagiert wird.

Das US-Militär hatte offenbar versucht, auf den US-Präsidenten Einfluss zu nehmen. Mit Erfolg. Immerhin hat sich Trump für die Option entschieden, mit der vergleichsweise geringe Risiken eingegangen wurden.

Pentagonchef Mattis bekräftigte zudem, dass sich der Angriff allein gegen das syrische Regime gerichtet hat. Verluste unter Zivilisten und Ausländern sollten verhindert werden.

O-Ton Mattis

„I want to emphasize that these strikes are directed at the Syrian regime. In conducting these strikes we have gone to great lengths to avoid civilian and foreign casualties.“

Die USA und ihre Alliierten fliegen über Syrien immer noch regelmäßig Angriffe gegen die Terrororganisation Islamischer Staat. Um gefährliche Situationen im Luftraum mit den Russen zu verhindern, gibt es Kommunikationskanäle zwischen den Militärs. Die Gegenseite wird in der Regel vorab über Luftoperationen in Kenntnis gesetzt. Dieses sogenannte Deconflicting ist offenbar auch vor dem Militärschlag genutzt worden - über die genauen Ziele wurden die Russen allerdings nicht informiert. US-Generalstabschef Dunford:

O-Ton Dunford

„The only communications that took place specifically associated with this operation before the targets were struck, was the normal deconfliction of the air-space, the procedures that are in place for all of our operations in Syria.“

Das Militär und das Pentagon waren also sichtlich bemüht, eine Eskalation und damit schlimmeres zu verhindern.

O-Ton Ehrhart

„Es ist zumindest beruhigend zu wissen, dass Leute wie Mattis noch in der Administration sind. Wir wissen ja, dass mittlerweile auch einige ehemalige Militärs entlassen worden sind. Und von daher gesehen ist es zu begrüßen, dass Mattis noch da ist. Ich denke mal, gerade Soldaten wissen, was die Folgen von Militäreinsätzen sind. Und gerade Soldaten sind dann in der Lage, vielleicht auch Herrn Trump darauf hinzuweisen, was mögliche Folgen sein könnten.“

Sagt der Konfliktforscher Hans-Georg Ehrhart. Das komplette Interview können Sie nachhören auf der Internetseite von Streitkräfte und Strategien unter ndr.de/streitkraefte.

Wir bleiben beim Thema Russland.

Spätestens seit der Annexion der Krim ist Moskau für den Westen kein Partner mehr. Vor allem die baltischen Staaten fühlen sich von Russland bedroht - auch durch Atomwaffen. Die Angst geht um, der Kreml erwäge, bei einem bewaffneten Konflikt ganz bewusst frühzeitig Nuklearwaffen einzusetzen. Was ist dran an diesem Vorwurf? Jerry Sommer ist dieser Frage nachgegangen:

Manuskript Jerry Sommer

Im Februar veröffentlichte die Trump-Regierung ihre neue Nuklearstrategie. Darin heißt es u.a., dass Russland in seiner Militärstrategie die Schwelle für den Ersteinsatz von Atomwaffen gesenkt habe. Zitat:

Zitat

„Moskau droht und führt Übungen mit begrenzten nuklearen Ersteinsätzen durch.“

Die Erwartung Moskaus sei, durch einen frühzeitigen Ersteinsatz von kleinen, taktischen Nuklearwaffen die USA und die NATO im Falle eines Konflikts zum Stillhalten bewegen zu können. Diese Doktrin wird auch „Eskalation zur Deeskalation“ bezeichnet. Auf diese Weise wolle Russland zum Beispiel nach einer russischen Besetzung eines baltischen Staates einen US- oder NATO-Gegenschlag verhindern – aus Angst vor einem umfassenden Nuklearkrieg, zu dem es dann kommen könnte.

Diese US-Sicht der russischen Atomstrategie wird von vielen westlichen Militärexperten geteilt. Zum Beispiel von Karl-Heinz Kamp, dem Leiter der dem Bund gehörenden „Bundesakademie für Sicherheitspolitik“:

O-Ton Kamp

„2000 hat Putin eine neue nationale Sicherheitsstrategie herausgebracht, in der genau das drinsteht. Und es gibt dort ja auch die Aussage der Deeskalation - dass man zur Deeskalation den frühzeitigen Einsatz von Nuklearwaffen erwägt.“

Doch in den von Präsident Putin im Jahr 2000 unterzeichneten öffentlichen Strategiedokumenten ist eine solche Aussage nicht enthalten. Darin heißt es, dass Russland Nuklearwaffen nur einsetzen werde, als Antwort auf einen An-

griff mit nuklearen oder anderen Massenvernichtungswaffen oder wenn bei einem großflächigen Angriff mit konventionellen Waffen - Zitat -

Zitat

„eine kritische Situation für die nationale Sicherheit der Russischen Föderation entsteht.“

In den späteren, 2010 und zuletzt 2014, veröffentlichten russischen Militärstrategien wurde die Schwelle für den Einsatz von Atomwaffen sogar weiter erhöht. Dort heißt es nun, dass – so wörtlich – „die Existenz des Staates selbst bedroht“ sein müsse, bevor russische Nuklearwaffen gegen einen konventionellen Angriff eingesetzt werden.

Wolfgang Richter, Oberst a.D. und Militärexperte der Berliner „Stiftung Wissenschaft und Politik“ folgert:

O-Ton Richter

„Das spricht jetzt gerade nicht für eine frühzeitige Eskalation, bevor dieser Extremfall eingetreten ist.“

Für diese Interpretation spricht auch, dass Russland seit 2000 seine konventionellen Streitkräfte grundlegend modernisiert hat. Zum Beispiel wurden weitreichende konventionell bestückte Marschflugkörper in Dienst gestellt. Russland ist zwar insgesamt den konventionellen NATO-Kräften nach wie vor deutlich unterlegen. Aber durch die eigene konventionelle Modernisierung ist Moskau inzwischen in einem geringeren Maße auf Nuklearwaffen angewiesen, um die konventionelle NATO-Überlegenheit auszugleichen.

Einige westliche Militärexperten verweisen darauf, dass es sicher geheime Dokumente gebe, in denen eine frühzeitige nukleare Eskalation vorgesehen sei. Doch Belege für diese Hypothese haben sie bisher nicht vorgelegt. Bruno Tertrais, der stellvertretende Leiter des Pariser Forschungsinstituts „Foundation pour la recherche stratégique“ und ein Anhänger der nuklearen Abschreckung ist zwar sicher, dass Russland wie alle Atomstaaten detailliertere, geheime Militärplanungen besitzt. Aber:

O-Ton Tertrais (overvoice)

„Ich habe noch nie erlebt, dass ein Land eine geheime Militärdoktrin besitzt, die vollkommen anders ist als die veröffentlichte. Es gibt kleine Unterschiede, aber keinen vollständigen Gegensatz. Russland hat keine Strategie zu eskalieren, um zu deeskalieren. Es gibt, wenn überhaupt, nur wenig Belege dafür, dass es plant, Atomwaffen frühzeitig in einem Konflikt einzusetzen.“

Einige russische Militärtheoretiker sprechen sich seit vielen Jahren immer wieder für eine andere russische Nuklearstrategie aus. Die Russlandexpertin Olga Olikier vom keineswegs russlandfreundlichen Washingtoner Thinktank „Center for Strategic and International Studies“ schlussfolgert daraus in einem Interview mit der Website „Armscontrolwonk“:

O-Ton Olikier (overvoice)

„Es gibt einige Russen, die in Reden und Schriften immer wieder einen frühzeitigen Einsatz kleiner Atomwaffen befürworten und versuchen, dies zur offiziellen Strategie zu machen. Das belegt meiner Meinung nach aber nur, dass dies eben nicht offizielle russische Strategie ist.“

Zudem gibt es keine Aussagen führender russischer Politiker und Militärs, dass ein nuklearer Konflikt zwischen großen Atommächten begrenzt werden könnte. Auch das spricht gegen das Vorhandensein einer Moskauer Strategie zum frühzeitigen nuklearen Einsatz von taktischen Atomwaffen, meint Olga Olikier:

O-Ton Olikier (overvoice)

„Russen, die die Militärstrategie ausgearbeitet haben und darüber sprechen, halten es für unmöglich, eine nukleare Eskalation zu verhindern. Ein Nuklearschlag werde einen nuklearen Gegenschlag und dieser einen weiteren Nuklearschlag nach sich ziehen und damit die Welt vernichten. Das sei unvermeidbar und deshalb viel zu gefährlich, um es überhaupt zu riskieren.“

USA und NATO gehen allerdings davon aus, Russlands Militärübungen würden auch den frühzeitigen Einsatz taktischer Atomwaffen einschließen. Im Jahresbericht 2016 des NATO-Generalsekretärs Stoltenberg heißt es sogar – Zitat -:

Zitat

„Bei diesen Übungen wurden nukleare Angriffe auf NATO-Alliierte und im März 2013 auf Schweden simuliert.“

Der französische Militärexperte Bruno Tertrais hat in einer Studie diese Behauptung untersucht und ist zu dem Schluss gekommen, sie sei nicht haltbar.
Tertrais:

O-Ton Tertrais (overvoice)

„Wenn man auf das Ereignis in der Nähe von Schweden 2013 schaut, erkennt man, dass es überhaupt keinen Beweis dafür gibt, dass dort ein Nuklearschlag simuliert wurde. Es wurde mit Sicherheit ein Bombenangriff simuliert, aber es gibt keinerlei Beweis, dass dieser nuklear gewesen sein soll.“

Russland setzt bei seinen Militärübungen allerdings - wie die NATO auch - Kampfflugzeuge ein, die sowohl mit konventionellen als auch mit nuklearen Waffen ausgerüstet werden können. Das sei an und für sich schon eine nukleare Machtdemonstration, glaubt Karl Heinz Kamp von der „Bundesakademie für Sicherheitspolitik“:

O-Ton Kamp

„Russland will nukleare Signale senden. Jetzt kann man ja bestimmte Sachen nicht machen: sie können nicht mit einer Nuklearbombe irgendwohin fliegen, um das Signal zu schicken. Sie können mit Trägern arbeiten.“

Doch den Einsatz doppelt verwendbarer Waffenträger bei Übungen halten andere Experten für einen schwachen Beleg für eine angebliche Nuklearstrategie Moskaus, die auf einen frühzeitigen Einsatz von Atomwaffen setzt. Wie Bruno Tertrais kommen auch andere Studien zu dem Ergebnis, dass bei den großen russischen ZAPAD-Militärübungen, z. B. 2013 und 2017, keine nuklearen Ersteinsätze simuliert worden sind. Das sei auch gar nicht notwendig, da die modernisierten konventionellen Kräfte Russlands in den Übungsszenarien für einen Erfolg gegen die Angreifer ausgereicht hätten.

Hintergrund der Sorgen um eine Senkung der atomaren Schwelle in der russischen Militärstrategie ist die Befürchtung, dass sich Moskau nach der Krim-Annexion militärisch auch gegen die baltischen Staaten wenden könnte. Doch daraus - und aus der NATO-Aufrüstung in den östlichen Mitgliedsstaaten - sind auf beiden Seiten Bedrohungswahrnehmungen entstanden, die mit der Realität immer weniger zu tun haben. Wolfgang Richter von der „Stiftung Wissenschaft und Politik“ setzt vor diesem Hintergrund auf Dialog:

O-Ton Richter

„Das ist einfach die Vermeidung eskalatorischer Rhetorik, eine Rückkehr zur nüchternen Analyse statt zur Pflege von Narrativen, die in jede Bewegung der anderen Seite sofort etwas hineininterpretiert, dass das eigene Vorurteil dann zu bestätigen scheint.“

Die Hypothese einer russischen Militärstrategie, die auf frühzeitigen Einsatz von kleinen Nuklearwaffen setzt, hat noch einen anderen Grund. Sie dient der US-Regierung dazu, die Entwicklung neuer, sogenannter kleiner Atomwaffen zu rechtfertigen. Der französische Militärexperte Bruno Tertrais hält solche neuen Nuklearwaffen für durchaus sinnvoll, auch wenn seiner Meinung nach die US-Einschätzung der russischen Atomstrategie falsch ist. Wolfgang Richter hingegen sieht Gefahren:

O-Ton Richter

„Es nährt nämlich die Illusion, dass doch ein Nuklearkrieg begrenzt führbar wäre. Und ich glaube, das ist eine gefährliche Illusion, die im Ernstfall oder im Krisenfall zu falschen Schlussfolgerungen führen kann, die dann vor allem natürlich die sogenannten Frontstaaten zu bezahlen hätten.“

Auf dem NATO-Gipfel im Juli in Brüssel geht es auch um die Nuklearwaffenstrategie der USA und der NATO. Doch es ist unwahrscheinlich, dass sich an der vorherrschenden westlichen Einschätzung der russischen Atomstrategie etwas ändern wird – auch wenn diese nicht auf Fakten basiert.

* * *

Flocken

Ein Bericht von Jerry Sommer.

Das Interview mit dem Militärexperten Wolfgang Richter finden Sie übrigens auf der Internetseite von Streitkräfte und Strategie unter ndr.de/streitkraefte.

Krisen und Kriege möglichst schon im Vorfeld zu verhindern - diese Aufgabe haben sich seit rund 30 Jahren die Mitarbeiter von Friedensdiensten auf die Fahnen geschrieben. Es geht u.a. auch darum, nach einem Bürgerkrieg, die betroffenen Parteien zu versöhnen bzw. den Konflikt aufzuarbeiten. Anfang des Monats kamen Vertreter der Friedensdienste in der Evangelischen Akademie

Loccum in der Nähe von Hannover zu ihrer Jahrestagung zusammen, um sich auszutauschen. Michael Hollenbach war dabei und hat mit ihnen über ihre Arbeit gesprochen:

Manuskript Michael Hollenbach

O-Ton Hansen

„Ein besonders gelungenes Beispiel für einen Friedenseinsatz ist die Mission im westafrikanischen Sierra Leone.“

Wiebke Hansen ist die Leiterin Analyse im ZIF, im Zentrum für Internationale Friedenseinsätze, einer Einrichtung der Bundesregierung.

O-Ton Hansen

„Da hat man zunächst, als der Einsatz begann, und zu dem Zeitpunkt war das einer der größten multidimensionalen Einsätze der Vereinten Nationen, auch mit vielen Blauhelmschreitern, schlechte Erfolgsaussichten gehabt. Man hatte lange das Gefühl, das könnte einer der größten Misserfolge der UNO werden und über einen langen Zeitraum hinweg in der Kombination von der Sicherheitspräsenz mit Staatsaufbau ist hier ein Prozess entstanden, der letztlich dazu geführt hat, dass UNO-Truppen abziehen konnten.“

Ein Bürgerkrieg, der ein Jahrzehnt lang dauerte und in dem Zehntausende starben, konnte in ein friedliches Miteinander transformiert werden. Aber Wiebke Hansen kennt auch die andere Seite. Sie war als Assistentin des Leiters maßgeblich an der UN-Mission im Sudan beteiligt, der die Unabhängigkeit des Südsudans 2011 in die Wege geleitet hat. Doch nach dem Aufbrechen erneuter Konflikte zwei Jahre später gilt der Südsudan inzwischen als gescheiterter Staat:

O-Ton Hansen

„Das ist frustrierend. Es bricht einem das Herz; gleichzeitig ist es noch mal ein Hinweis darauf, mit welcher Bescheidenheit man als internationaler Akteur an diese Prozesse herangehen muss. Gleichzeitig ist es auch ein Zeichen, über wie lange Zeiträume man auch investieren muss in diese Länder, (...) um eben Nachhaltigkeit zu erzeugen.“

Um die Erzeugung von Nachhaltigkeit geht es auch in Kolumbien. Hier engagiert sich u.a. die katholische Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungshilfe. Deren Geschäftsführer ist Martin Vehrenberg. Er betont, dass in Kolumbien nach dem

Friedensvertrag mit der einstigen Guerillaorganisation Farc die Probleme noch lange nicht gelöst seien:

O-Ton Vehrenberg

„Ein Beispiel ist, dass wir in Kolumbien die paradoxe Entwicklung haben, dass wir nach dem Friedensvertrag einen Anstieg der Übergriffe gegen Menschenrechtsaktivisten haben und dass plötzlich Räume frei werden, dadurch, dass die Farc entwaffnet wurde, die von anderen Gruppierungen genutzt werden, von kriminellen Banden, von einer anderen Guerilla-Bewegung usw.“

Die Entwicklung in Kolumbien sei ein Beispiel für aktuelle Probleme, mit denen auch der zivile Friedensdienst zu kämpfen habe, sagt Wibke Hansen:

O-Ton Hansen

„Worauf man noch keine Antwort gefunden hat, ist der Umgang mit einer neuen Generation mit nicht-staatlichen Gewaltakteuren, der Umgang mit dem internationalen Terrorismus, auch mit Akteuren der transnationalen organisierten Kriminalität – hier ist man von durchschlagenden Erfolgen noch recht weit entfernt.“

Kern der zivilen Konfliktbearbeitung auf internationaler Ebene ist in Deutschland der Zivile Friedensdienst - ein Programm für Friedensförderung in Krisen- und Konfliktregionen, das 1999 ins Leben gerufen wurde. Neun deutsche Friedens- und Entwicklungsorganisationen sind die Träger des Zivilen Friedensdienstes, der von der Bundesregierung gefördert wird. Zu den Trägern zählen so unterschiedliche Organisationen wie die staatliche Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit, GIZ, und die KURVE Wustrow, die Bildungs- und Begegnungsstätte für gewaltfreie Aktion aus dem Wendland. Deren Geschäftsführer ist Jochen Neumann:

O-Ton Neumann

„Die Ansätze der verschiedenen Organisationen sind vielfältig, und wir sind uns bewusst, dass es auch unterschiedliche Ansätze braucht. Meine Organisation ist eher auf der Graswurzelebene unterwegs, (...) andere Organisationen, die staatlich sind, wie die GIZ, haben andere Möglichkeiten, in Ländern Partner zu finden. Von daher respektieren wir unsere unterschiedlichen Zugänge und wissen, dass es auf unterschiedlichen Ebenen diese Zugänge braucht und versuchen, das auch zu koordinieren.“

Das zeigt sich zum Beispiel an einer Kriegsregion wie Syrien.

O-Ton Vehrenberg

„In Syrien haben die Menschen im Moment andere Sorgen und Probleme, als Versöhnung mit den Gewalttätern. Im Moment geht es in Syrien ums Überleben.“

Betont Martin Vehrenberg von der Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungshilfe, während Jochen Neumann auf weitere Optionen verweist:

O-Ton Neumann

„Es gibt auch in einer Situation, wie sie derzeit in Syrien herrscht, Unterstützungsmöglichkeiten. Das ist vielleicht nicht im Rahmen des Zivilen Friedensdienstes, weil die Bundesregierung dafür kein Geld geben würde, weil ihr das zu heiß ist. Aber wir sind ja zivilgesellschaftliche Organisationen, die nicht nur an das Programm des zivilen Friedensdienstes gebunden sind.“

So bietet die KURVE Wustrow englisch-sprachiges Training und Beratungen für Aktivisten über online-Kanäle.

O-Ton Neumann

„Das kann Mediation sein, (...) das ist auch Organisation von Bürgerprotest. Das ist etwas, was wir bewegungsnah einbringen können, dass die ihre Aktivitäten, die sie im arabischen Frühling entwickelt haben, dass sie auch vor Ort im sicheren Rahmen [stattfinden können]. Also Sicherheitsmanagementtraining führen wir durch, digitale Sicherheit, wie kann ich unter den Bedingungen noch arbeiten und mich schützen, und dennoch Menschen mobilisieren für den Frieden.“

Es geht um Fragen der persönlichen Sicherheit, um die Sicherheit der eigenen Daten vor dem Zugriff des Staates, um den Schutz der Kommunikation, aber auch darum, wo die Grenzen des Engagements liegen, um nicht sich und andere zu gefährden.

Wenn Konflikte wie in Syrien oder in der Ukraine noch virulent sind, dann blicken Friedensarbeiterinnen wie Wibke Hansen vom Zentrum für internationale Friedenseinsätze schon in die Zukunft:

O-Ton Hansen

„Wenn Sie sich anschauen, dass einer der größten Risikofaktoren für einen Konflikt ein vorheriger Konflikt ist, dass die Rückfallquote von Ländern, die sich in einem Bürgerkrieg befunden haben, sehr hoch ist, dann muss man sagen, dass das Peacebuilding, dass die Wiederaufbauarbeit, die Begleitung von Friedensprozessen in diesen Ländern, dass das auch Krisenprävention ist.“

Mittlerweile arbeiten mehr als 300 Fachkräfte des Zivilen Friedensdienstes in 43 Ländern. Doch deren Arbeit werde immer schwieriger, sagt die Politikwissenschaftlerin.

O-Ton Hansen

„Ein Trend, den wir in den letzten Jahren beobachten, ist, dass die Einsätze auch für Zivilisten immer gefährlicher werden. Gerade dadurch, dass es eine Vielzahl von nicht-staatlichen Gewaltakteuren gibt, aber auch dadurch, dass diese Einsätze in einem Kontext entsandt wurden, in dem es keinen tragfähigen Friedensschluss gibt, no peace to keep, das ist heute häufiger der Fall und dadurch ist das Risiko deutlich gewachsen.“

Die Sicherheitsmaßnahmen zum Schutz der zivilen Kräfte mussten in den vergangenen Jahren ausgeweitet werden, aber sie erschweren zugleich die Arbeit der Berater vor Ort. So werden auch die Kontakte zur einheimischen Bevölkerung schwieriger. Gewaltfreie Organisationen wie die KURVE Wustrow lehnen eine Kooperation mit Sicherheitskräften ohnehin ab.

O-Ton Neumann

„Wenn das Bedingung ist für die Förderung durch die Bundesregierung, dann lehnen wir das ab. Dann gehen wir nicht in diese Länder wie Afghanistan. Da wäre das Bedingung gewesen. Da hätten wir keinen guten Zugang gefunden ohne Zusammenarbeit mit der Bundeswehr. Das lehnen wir ab. Wir sind pazifistisch eingestellt. Unserem Verständnis nach hilft das in den Konflikten nicht weiter, und wenn wir auch nur aus praktischen Gründen zu eng zusammenarbeiten würden, dann würden wir auch unsere Glaubwürdigkeit verlieren.“

Ein anderes Problem, mit dem alle Gruppen immer öfter zu kämpfen haben, ist die Einschränkung der Bewegungsfreiheit – wie zum Beispiel in Russland oder der Türkei. Martin Vehrenberg von der Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungshilfe:

O-Ton Vehrenberg

„Wir erleben, dass die Räume sich für sozial- und gesellschaftspolitische Veränderungsprozesse zu engagieren, immer geringer werden. Wir sprechen da von den Shrinking spaces. Das ist eines der zentralen Themen, die diskutiert werden, weil es uns und den Parteiorganisationen die Möglichkeit nimmt, Friedensprozesse zu unterstützen und zu betreiben.“

Trotz der aktuellen Probleme: bei der Tagung in der Evangelischen Akademie Loccum wurde auch deutlich, wie wichtig die internationale Arbeit der Friedens-

und Entwicklungsorganisationen ist, deren Aktivitäten meist im Stillen fernab der Medien passieren. Und wenn man bedenkt, dass nur rund ein Promille der weltweiten Militärausgaben in die Arbeit der Friedensdienste fließt, kann man ahnen, welches Potenzial hier noch zur Verfügung steht.

* * *

Flocken

Michael Hollenbach berichtete.

Im Internetzeitalter lagern immer mehr Unternehmen wichtigen Daten aus, speichern sie auf einer sogenannten Cloud. Der Zugriff bleibt trotzdem jederzeit möglich, auch von außerhalb. Die Bundeswehr hat ebenfalls eine Vielzahl von Daten und sie bemüht sich auch um eine Cloud-Lösung. Doch die ist nicht ganz einfach. Christian Thiels weiß mehr:

Manuskript Christian Thiels

Atmo Telekom-Werbung

„Guck mal, ich kann zaubern. Mach ein Foto von Dir, simsalabim, ist es hier. Geht ganz einfach mit der Cloud. Also ich find's toll.“

So warb die Telekom schon 2012 dafür, Daten nicht mehr auf dem eigenen Computer oder Smartphone zu speichern, sondern sozusagen in den Himmel zu schicken - zu den Wolken. „Cloud“ ist der inzwischen gängige Begriff für die Speicherung von Daten in großen Rechenzentren - der Zugriff - so das Versprechen der Anbieter - gut gesichert, jederzeit möglich, von jedem Platz der Erde und das für eine klar begrenzte Gruppe von Nutzern. Weltweite Datenleitungen und kabelloses Internet sei Dank.

Eine Technologie, die auch für Streitkräfte interessant ist. Der Soldat auf Patrouille in Afghanistan könnte etwa kabellos Zugriff auf die neuesten Aufklärungsergebnisse, Geheimdiensterkenntnisse oder Wetterberichte haben. Oder ein neues Computerprogramm für die Wartung eines Flugzeuges steht mit einem Mausklick allen Mechanikern in der Luftwaffe zur Verfügung. Große Da-

tenmengen schnell austauschen und Informationen überall verfügbar zu haben - das reizt auch General Ludwig Leinhos, Inspekteur des Kommandos Cyber- und Informationsraum der Bundeswehr, kurz CIR.

O-Ton Leinhos

„Cloud-Computing ist natürlich eine technische Möglichkeit, die grundsätzlich auch für uns, für militärische Anwendungen in Frage kommt. Es gibt eine ganze Menge Vorteile: zentrale Datenhaltung, es ist eine wichtige Voraussetzung, um Dienststellen- und Organisationsbereichs-übergreifend zu arbeiten. Viele Dinge können sie auch leichter aktualisieren, wenn sie es zentral halten.“

Anders formuliert: Wichtige Daten für Einsätze, über Waffensysteme oder auch Vorschriften müssen nicht mehr mühsam auf jedem einzelnen Computer auf den neuesten Stand gebracht werden, sondern nur noch einmal, weil sie zentral gespeichert für jeden abrufbereit liegen. Noch einmal Ludwig Leinhos:

O-Ton Leinhos

„Das geht durch die gesamte Palette des militärischen Spektrums, also von den administrativen Dingen, logistische Daten, einsatzbezogene Daten, Lage-daten, also man kann das gesamte Spektrum sich eigentlich vorstellen.“

Das spart Zeit und Personal und macht die Streitkräfte flexibler. Auch deshalb arbeitet das Kommando CIR gemeinsam mit der bundeseigenen IT-Gesellschaft BWI an einem Konzept für eine militärische Cloud-Lösung. Für die Computer-Experten eine gewaltige Herausforderung. Denn der Zugriff auf die zentral gespeicherten, oft sensiblen Daten ist schon aus Sicherheitsgründen nicht unproblematisch, sagt Christian Marwitz, bei der BWI für Innovationsprojekte verantwortlich.

O-Ton Marwitz

„Also grundsätzlich und an allererster Stelle steht da natürlich das Thema der IT-Sicherheitsanforderungen. Ich glaube, das macht auch die Einführung einer Cloud-Infrastruktur bei der Bundeswehr zur eigentlichen Besonderheit im Vergleich zu allen anderen bekannten Cloud-Infrastrukturen. Die Sicherheitsanforderungen der Bundeswehr müssen erfüllt werden, gleichermaßen sollen die Vorteile, die technischen Vorteile der Cloud vollumfänglich nutzbar sein.“

In den USA wird die Cloud-Technologie bereits umfangreich eingesetzt. Das Pentagon setzt dabei auf eine enge Kooperation mit amerikanischen High-Tech-Unternehmen wie Amazon. Das bringe auch wirtschaftliche Vorteile, wie

John H. Gibson, Chief Management Officer im US-Verteidigungsministerium betont:

O-Ton Gibson (overvoice)

„Viele IT-Projekte generieren nicht nur finanzielle Einsparungen, sie versorgen die Kämpfer auch mit Zugriff auf wichtige Fähigkeiten und Daten, die sie derzeit nicht haben. Diese und andere operationelle Verbesserungen erhöhen die Schlagkraft und Einsatzbereitschaft. Der Einsatz von kommerziellen Cloud-Diensten ist ein Bereich der IT-Technik von dem wir glauben, dass er Vorteile für Einsätze, Finanzen und Sicherheit gleichermaßen erreichen kann.“

Doch die enge Zusammenarbeit mit der Wirtschaft birgt auch Risiken. Denn die Unternehmen nutzen in ihren Rechenzentren handelsübliche Computer. Was in denen steckt, sei kaum zu kontrollieren, sagt Yuval Diskin. Er war jahrelang Chef des israelischen Inlandsgeheimdienstes Shin-Bet und betreibt heute eine Firma für IT-Sicherheit, die etwa deutsche Automobilunternehmen in Cyberfragen berät.

O-Ton Diskin (overvoice)

„Wenn Sie heute etwa ein Mobiltelefon kaufen, wissen sie nicht, was für Bauteile da drin sind. Sie kommen aus der ganzen Welt. Wenn man das alles verwendet, hat man keine Ahnung, wie viele Hintertüren da jemand eingebaut hat. Manchmal ist es auch sehr schwer festzustellen, woher diese Technik kommt, weil in der Kette so viele Zulieferer sind.“

Es ist also nicht ausgeschlossen, dass Geheimdienste aus Ländern, die etwa Computerchips liefern, sich so einen heimlichen Zugang zu sensiblen Daten sichern. Nicht nur Yuval Diskin berichtet von solchen Fällen, auch der damaligen deutsche Innenminister Thomas de Maizière warnte schon vor Jahren, dass Misstrauen in solchen Fällen angebracht sei. Doch wie kann man dieses Problem lösen? Der frühere israelische Geheimdienstchef hat eine Empfehlung, die auch für die deutschen Überlegungen in Sachen militärischer Cloud ihre Geltung hat.

O-Ton Diskin (overvoice)

„Es läuft darauf hinaus, welche Prioritäten sie in ihrem Land setzen. In Israel haben wir uns dazu entschieden, manche Systeme als strategisch oder kritisch einzustufen. Also machen wir alles, um diese Systeme selbst zu entwickeln. Wenn das nicht geht - denn man kann nicht alles selbst entwickeln - dann muss man es woanders kaufen und dabei die Risiken priorisieren und entscheiden: Von diesem Staat kann ich etwas kaufen, von jenem nicht. Diese

Komponenten müssen dann so intensiv wie möglich untersucht werden, um versteckte Hintertüren zu finden und sich dagegen zu schützen. Man minimiert also das Risiko, aber es gibt keine 100-Prozent-Lösung."

So sieht das auch General Leinhos vom Kommando Cyber- und Informationsraum der Bundeswehr.

Und auch deshalb steht er einer Kooperation mit kommerziellen Unternehmen eher skeptisch gegenüber. Denn er glaubt nicht, dass eine Firma in ihren Rechenzentren die gleiche Absicherung garantieren kann, wie die Bundeswehr das beispielsweise hinter Stacheldraht und Kasernenmauern könnte.

Und das ist nicht das einzige Problem, das Leinhos sieht. Um die Sicherheit der Daten zu gewährleisten, dürfte schon aus rechtlichen Erwägungen nur ein deutsches Unternehmen Kapazität in Rechenzentren zur Verfügung stellen. Doch die Firmen, die eine besondere Expertise und Erfahrung bei der Cloud-Technologie haben, sind entweder nicht deutsch oder sie sitzen fast alle im Ausland. Für Leinhos ist da eine Zusammenarbeit nur schwer vorstellbar.

O-Ton Leinhos

„Wir werden, wenn wir solche Möglichkeiten nutzen, uns natürlich sehr genau überlegen müssen, wo stellen wir diese Serverfarmen hin. Wir müssen Zugriff darauf haben, wir müssen sie entsprechend sichern. Also wir werden mit Sicherheit nicht diese Dinge irgendwo außerhalb unseres eigenen Zugriffs etablieren. Wir wollen uns nicht in Abhängigkeiten von Firmen oder außenstehenden begeben. Und wir müssen natürlich auch noch einmal individuell betrachten, wo wir zusätzlich zu diesen zentralen Lösungen vielleicht auch so eine Mischlösung dezentraler Dinge benötigen. Z.B. auf Schiffen, auf Booten und so weiter, wo sie dann vielleicht auch mal abgeschottet sind vom Zugriff auf eine zentrale Infrastruktur.“

Derzeit prüft die BWI gemeinsam mit dem Cyber-Kommando, welche Wege den meisten Erfolg versprechen und, ob es möglicherweise doch Möglichkeiten zur Kooperation mit der Wirtschaft gibt. Einziger denkbarer Kandidat wäre da vermutlich die Deutsche Telekom. Christian Marwitz von der bundeseigenen IT-Gesellschaft BWI ist sich aber sicher, dass es für die Soldaten und Zivilangestellten der Bundeswehr erhebliche Vereinfachungen bei der täglichen Arbeit geben wird, sobald die Bundeswehr-Cloud Realität ist.

O-Ton Marwitz

„Also da gibt es natürlich verschiedene Szenarien. Zum Einen - im wesentlichen zum Thema Mobilität - wird natürlich das Arbeiten möglich beispielsweise über Tablets, für bestimmte Applikationen und bestimmte Vorgänge sicherlich auch über geeignete Smartphones funktionieren. Aber auch an den Schreibtischen an den Arbeitsplätzen wird es Veränderungen geben.“

Die Entscheidungen über Art und Umfang eines militärischen Cloud-Netzwerkes für die Bundeswehr sollen in den kommenden Monaten getroffen werden. Doch selbst, wenn sich die Ministeriumsspitze für diese Technologie entscheidet, dürfte es noch Jahre dauern, bis aus der wolkigen Idee konkreter militärischer Alltag wird.

* * *

Flocken

Soweit Christian Thiels. Auch dieses Interview mit dem General Ludwig Leinhos können Sie nachhören - auf der Internetseite von Streitkräfte und Strategien unter ndr.de/streitkraefte.

Soviel für heute. Die Sendung ist auch als Podcast verfügbar - ebenfalls unter ndr.de/streitkraefte. Dort können Sie auch unseren Newsletter abonnieren. Wir schicken Ihnen dann das aktuelle Manuskript der Sendung per E-Mail zu. Ein schönes Wochenende wünscht Andreas Flocken.